



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 7. November 2007
(OR. en)**

**14186/2/07
REV 2**

**CRIMORG 156
MIGR 106**

VERMERK

des	Vorsitzes
für den	AStV/Rat
Nr. Vordokument:	14011/07 CRIMORG 149 MIGR 98
<u>Betr.:</u>	Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zur Bekämpfung des Menschenhandels

Im Anschluss an die Sitzungen der JI-Referenten vom 28. Oktober und 5. November 2007 legt der Vorsitz den beigefügten Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates vor.

Die Empfehlungen, die die Kommission am Tag gegen den Menschenhandel unterbreitet und noch am selben Tag überarbeitet hat, sind in ADDENDUM 1 zu Dokument 14186/07 CRIMORG 156 MIGR 106 enthalten.

Der AStV wird gebeten, den Rat zu ersuchen, er möge die beigefügten Schlussfolgerungen annehmen.

Schlussfolgerungen des Rates

vom 2007

zur Bekämpfung des Menschenhandels

In Anbetracht dessen, dass der Menschenhandel einen schweren Verstoß gegen die Menschenrechte und eine Verletzung der Würde und Unversehrtheit des Menschen darstellt, die für die Opfer zu einem Zustand der Sklaverei führen kann,

unter Hinweis darauf, dass die Verteidigung der Menschenrechte eines der Hauptanliegen der EU darstellt und dass im Vertrag über die Europäische Union ein gemeinsames Vorgehen der Mitgliedstaaten gegen verschiedene Bereiche der Kriminalität, insbesondere den Menschenhandel, als Ziel vorgegeben ist,

in Anbetracht dessen, dass die Charta der Grundrechte der Europäischen Union als Ausdruck der Unverletzlichkeit der Würde des Menschen den Menschenhandel verbietet - ein Grundsatz, der in den internationalen Instrumenten betreffend die Menschenrechte wie der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen und der Menschenrechtskonvention des Europarates verankert ist,

in Anbetracht des Rahmenbeschlusses 2002/629/JI des Rates vom 19. Juli 2002 zur Bekämpfung des Menschenhandels, mit dem die Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen mit dem Ziel erreicht werden soll, den Menschenhandel zu bekämpfen und zu diesem Zweck einen Rahmen gemeinsamer Bestimmungen auf europäischer Ebene einzuführen, mit dem Fragen wie Straftatbestand, Strafen, erschwerende Umstände, gerichtliche Zuständigkeit und Auslieferung geregelt werden sollen,

gestützt auf den Rahmenbeschluss 2004/68/JI des Rates vom 22. Dezember 2003 zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornografie, mit dem die Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen mit dem Ziel erreicht werden soll, den Menschenhandel, die sexuelle Ausbeutung von Kindern und die Kinderpornografie zu bekämpfen,

unter Hinweis auf die Bedeutung des Übereinkommens des Europarates vom 16. Mai 2005 zur Bekämpfung des Menschenhandels, mit dem die Stärkung des Rahmens zur Prävention und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz der Rechte der Opfer gefördert wird,

gestützt auf die Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat vom 18. Oktober 2005 mit dem Titel "Bekämpfung des Menschenhandels – ein integriertes Vorgehen und Vorschläge für einen Aktionsplan", die darauf abzielt, das Engagement der Europäischen Union für die Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels zu verstärken,

unter Hinweis auf die Bedeutung des im Dezember 2005 angenommenen EU-Plans über bewährte Vorgehensweisen, Normen und Verfahren zur Bekämpfung und Verhütung des Menschenhandels und in Anbetracht des Umstands, dass seine Umsetzung bis Ende 2007 abgeschlossen sein muss,

unter Hinweis auf die Notwendigkeit, den Menschenhandel kontinuierlich zu bekämpfen, und auf die Schlussfolgerungen des Rates vom 4./5. Dezember 2006 zum Menschenhandel, die zur Einsetzung der Sachverständigengruppe für Menschenhandel geführt haben¹, welche die Kommission dabei unterstützen soll, den EU-Plan über bewährte Vorgehensweisen, Normen und Verfahren zur Bekämpfung und Verhütung des Menschenhandels zu evaluieren und seine Umsetzung zu überwachen,

unter Hinweis auf den Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern (2006-2010), in dem die Bekämpfung des Menschenhandels als ein Aktionsschwerpunkt betrachtet wird,

unter neuerlichem Verweis darauf, dass der Ji-Rat den Menschenhandel im Juni 2007 als eine der Prioritäten der EU im Bereich der Bekämpfung der organisierten Kriminalität eingestuft hat,

nimmt der Rat der Europäischen Union folgende Schlussfolgerungen an:

Er weist darauf hin, wie wichtig es ist, das Phänomen in einem globalen multidisziplinären Kontext zu begreifen, in dem alle beteiligten Akteure und interessierten Kreise, einschließlich der einschlägigen Akteure der Zivilgesellschaft innerhalb und außerhalb Europas, zusammenarbeiten.

¹ Mit Beschluss der Kommission vom 17. Oktober 2007 (ABl L 277 vom 20.10.2007, S. 29).

Er ersucht die Mitgliedstaaten, ihre Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung der Opfer zu verbessern, unter anderem wirksame Mechanismen zur Unterstützung und Entschädigung der Opfer wie insbesondere Maßnahmen im Sinne der Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer von Menschenhandel sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde, und dabei auf die Förderung der Menschenrechte und auf Geschlechtergleichstellung zu achten.

Er erkennt an, dass der Lage von Kindern, die Opfer von Menschenhandel – insbesondere zum Zweck sexueller Ausbeutung – geworden sind, besondere Aufmerksamkeit zuteil werden muss, wobei zu beachten ist, dass Kinder als Opfer angemessen unterstützt und geschützt und ihre besonderen Rechte und Bedürfnisse uneingeschränkt berücksichtigt werden müssen.

Er weist darauf hin, dass alle Mitgliedstaaten die nationalen Systeme für die Erhebung von Daten und Informationen sowie deren Austausch zwischen den Mitgliedstaaten und mit Europol ausbauen müssen.

Er betont, dass alle Mitgliedstaaten die regelmäßige Schulung für alle Stellen und Bediensteten vorantreiben müssen, die Opfern von Menschenhandel helfen oder in die Lage kommen könnten, dies tun zu müssen.

Er bekräftigt das in das Übereinkommen des Europarates vom 16. Mai 2005 zur Bekämpfung des Menschenhandels gesetzte Vertrauen, unterstützt und fördert die Umsetzung der darin vorgesehenen Maßnahmen und ruft zu einer möglichst breiten Beteiligung aller Länder auf.

Er betont, wie wichtig es ist, dass die Mitgliedstaaten umfassende nationale Aktionspläne zur Bekämpfung des Menschenhandels aufstellen und durchführen und dabei die im Rahmenbeschluss 2002/629/JI vom 19. Juli 2002 verwendete Begriffsbestimmung als gemeinsame Begriffsbestimmung verwenden.

Er ersucht die Mitgliedstaaten um Prüfung von Maßnahmen zur Abschreckung von jeglicher Form des Menschenhandels, die dem unter Nummer 4.2 des EU-Plans über bewährte Vorgehensweisen, Normen und Verfahren zur Bekämpfung und Verhütung des Menschenhandels genannten Ziel gerecht werden.

Er betont, wie wichtig es ist, dass der Menschenhandel im Einklang mit dem Rahmenbeschluss 2002/629/JI vom 19. Juli 2002 unter Strafe gestellt wird.

Er betont, wie wichtig es ist, dass die Mitgliedstaaten die Einziehung von Erträgen, Tatwerkzeugen und Vermögensgegenständen aus Straftaten, die mit Menschenhandel in Verbindung stehen, im Einklang mit dem Rahmenbeschluss 2005/212/JI vom 24. Februar 2005 vorantreiben.

Er unterstreicht, dass es wichtig ist, von der Kommission den Bericht über die Evaluierung und Überwachung der Umsetzung des im Dezember 2005 angenommenen EU-Plans über bewährte Vorgehensweisen, Normen und Verfahren zur Bekämpfung und Verhütung des Menschenhandels zu erhalten, um dafür sorgen zu können, dass die Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels 2008 weitergeführt werden.

Er nimmt Kenntnis von den Empfehlungen für die Identifizierung der Opfer von Menschenhandel und ihre Verweisung an entsprechende Stellen, insbesondere zur Unterstützung der Opfer, die von der Kommission anlässlich des Europäischen Tags gegen den Menschenhandel am 18. Oktober 2007 vorgelegt wurden und deren anschließend geänderte Fassung auf der Website der Kommission veröffentlicht werden soll.

Er nimmt Kenntnis von den Schlussfolgerungen der Konferenz über Menschenhandel und Geschlechtergleichstellung (Porto, 8./9. Oktober 2007), auf der die in der Anlage wiedergegebene Erklärung von Porto angenommen wurde.

Er begrüßt es, dass der 18. Oktober als Europäischer Tag gegen den Menschenhandel begangen wird.



PORTO'S DECLARATION

Porto's Declaration, in the context of the Conference on "Trafficking in Human Beings and Gender" which took place in Porto, on the 8th and 9th October 2007, during the Portuguese Presidency of the European Union,

- Recalling the Charter of Fundamental Rights of the EU which forbids trafficking in Human Beings as expression of the inviolability of the human dignity, fundamental constitutional principal of the member States and which is present in the international tools in the matters of human rights such as the Universal Declaration of the United Nations Human Rights and the European Convention of the Human Rights;
- Reaffirming that the Treaty on the European Union has as main goal the adoption of common strategies among the Member States in the different areas of criminality, in particular in trafficking in Human Beings,
- Recalling also the 2nd, 3rd and 13th articles of the European Union Treaty which impose upon the Member States the duty to promote equality, to eliminate inequality and to take the necessary measures to combat gender discrimination ;
- Considering that the Tampere European Council, in October of 1999, urged the need to unleash measures in the fields of prevention and combat against trafficking in human beings and children's sexual exploitation;
- Reminding the Council Framework Decision 2002/629/JHA of 19 July 2002 on combating trafficking in human beings;

- Bearing in mind the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (CEDAW), and the Convention on the Rights of the Child adopted in 1989 by the UN General Assembly;
- Reminding also ILO Conventions N° 29 (Forced Labour Convention, 1930) and N° 182 (Worst Forms of Child Labour Convention, 1999) on banning and immediate action to eliminate the worst forms of child labour, approved on the Conference on its 87th session (1999);
- Reaffirming the Protocol to Prevent, Suppress and Punish Trafficking in Persons, especially Women and Children, supplementing the United Nations Convention against Transnational Organized Crime (Palermo's Protocol 2000);
- Giving special emphasis to the Council of Europe Convention on Action against Trafficking in Human Beings, 16th of May 2005, which promotes a reinforcement of the legal frame of prevention, combat and protection of the trafficking victims' rights;
- Taking notes of the Brussels Declaration, of September 2002 which has as main goal the development of specific measures as well as rules and better practises to combat trafficking in human beings;
- Reaffirming the Council Directive 2004/81/EC of 29 April 2004 on the residence permit issued to third-country nationals who are victims of trafficking in human beings or who have been the subject of an action to facilitate illegal immigration, who cooperate with the competent authorities ;
- Recalling the reflections and recommendations presented in the report, dated from December of 2004, of the Experts Group on Trafficking in Human Beings;

- Taking into account the Roadmap for equality between women and men (2006-2010), that when defining six priority areas of intervention, considers trafficking in human beings as an essential area to eradicate gender violence;
- Taking notes of the EU plan on best practices, standards and procedures for combating and preventing trafficking in human beings adopted in December 2005 (2005/C 311/01);

Appeals to the Council, the Commission and the Member States to

Develop campaigns of sensitising at a national and European level (such as on the 18th of October- EU anti- trafficking day), identifying clearly the most vulnerable groups and related activities so that all the stages of this process can be embraced: prevention, identification, repression, integration and homeward of the trafficking victims;

Promote and establish strategies in the prevention area, taking into account the perspective of gender and all the forms of discrimination and violence against women, combating the associated stereotypes and developing strategies of effective access of women to the labour market;

Create common mechanisms of European reference to monitoring trafficking in Human Beings as far as knowledge, prevention, identification and reintegration of the trafficking victims are concerned;

Create an emergency European hot line with a common number so that the potential victims can get immediate support and information;

Implement a coordinated approach to a national and international level which promote an multidisciplinary action involving actors from social, administrative, judicial areas as well as police force, immigration services and NGO's;

Endeavour specific measures of prevention, protection and support to children victims of trafficking, based on the recognised international principles such as the Convention on the Rights of the Child and UNICEF;

Promote a pro active and holistic approach in the cases of trafficking of Human Beings in armed conflicts, since women and children, in these circumstances, are especially vulnerable groups;

Develop programs of training aiming the several actors of the different intervention areas, as a way to promote a multidisciplinary and coordinated approach, adopting common methodologies and contents between the several member states;

Combine efforts so that third countries nationals, who are victims of trafficking in human beings, can be granted with a reflection period which enables them to escape and recover from the influence of the perpetrators, allowing them to reach a decision as far as to cooperate or not with the competent authorities as it is established on the Council Directive 2004/81/EC of 29 April 2004;

Promote measures of protection and support to the victims in a human rights perspective, allowing either the integration in the welcoming countries or the possibility to return to their own countries, with special care to the most vulnerable groups namely women and children;

Promote the internal procedures needed to ratify the Council of Europe Convention on Action against Trafficking in Human Beings, 16th of May 2005;

Prepare and implement national and comprehensive action plans against trafficking in Human Beings, adopting as common definition the one existing on the Council Framework Decision 2002/629/JHA of 19 July 2002 on combating trafficking in human beings;

Improve the national and European mechanisms of monitoring the activities of labour agencies that recruit seasonal workers and to the tourist industry among others, which may conceal or facilitate trafficking in Human Beings;

Equate the hypothesis of creating special units of research and combat trafficking in Human Beings, in close relation, not only with the other Member States but also with European structures;

Include in their juridical frames, the incriminating charge of trafficking in Human Beings as established, from Council Framework Decision 2002/629/JHA of 19 July 2002 on combating trafficking in human beings similarly to the solutions praised by the Council of Europe Convention on Action against Trafficking in Human Beings, 16th of May 2005;

Foresee, in their juridical frames, the penal responsibility of the legal people involved in the trafficking crime according to the Council Framework Decision of 19 July 2002 on combating trafficking in human beings and similarly to the solutions praised by the Convention of the European Council against trafficking in Human beings;

Establish a legal frame connected to confiscation of crime-related proceeds, instrumentalities and property related to the trafficking in Human Beings as it is set on the Council Framework Decision 2005/212/JHA of 24 February 2005 and may consider the possibility of using part of the confiscated property in prevention, support and integration programmes for the trafficking victims;

Commit in the adoption, at an EU and internal levels, of mechanisms that impose upon employers the need to make sure their own workers coming from a third country are not in an irregular situation.

Porto, 9th October 2007
